

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

16.3.1861 (No. 64)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 16. März.

N. 64.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

** Konfordsdebatte in der württembergischen Kammer.

III.

Stuttgart, 14. März. Nach dem Gange der Verhandlungen in der Konfordsdebatte und nach den Aeußerungen einzelner Abgeordneter ist es kaum wahrscheinlich, daß die Abstimmung dieser Woche noch erfolgt; ja Einige meinen, es könne dieselbe vielleicht erst in der Mitte der kommenden Woche stattfinden. Thatsache ist, daß von etwa 30 eingeschriebenen Rednern nur 11 in 3 Sitzungen gesprochen haben, da ich die Minister und den Berichterstatter der Majorität nicht mit dazu rechne, indem diese nach der Geschäftsordnung jederzeit das Wort ergreifen können, ohne eingeschrieben zu sein. Inzwischen wird behauptet, daß bereits in einer Privatversammlung von Abgeordneten eine Abstimmung stattgefunden habe und daß dem Minderheitsantrage, also totale Verwerfung der Konvention, eine Mehrheit von etlichen und 60 Stimmen gegen etliche und zwanzig gestimmt sei. Sollten nun auch noch einige Schwankungen eintreten, so glaubt man immer noch an eine Zweidrittel-Majorität gegen eine Minderheit von einem Drittel. Was dann? Viele prophezeien eine sofortige Kammerauflösung. Ich glaube noch nicht daran, gerade im Interesse der Regierung, weil die nächste Kammer dann voraussichtlich eine bedeutend verstärkte Opposition bieten würde.

Heute stellte zuerst der Berichterstatter der Majorität, Probst, an den Berichterstatter der Minorität, Sarwey, die Bitte um eine Erläuterung des Minoritätsantrags, indem nämlich bei ihm angefragt worden, ob es richtig sei, daß auch die Minorität nach Beistimmung der Konvention geneigt sei, auf die Verabreichung des Gesegenswurses der Regierung einzugehen. Wäre dies, so würde fast kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Majoritäts- und dem Minoritätsantrage bestehen, was für die Abstimmung wichtig zu wissen sei.

Sarwey verneint dies entschieden. Die Mehrheit nehme den Inhalt der Konvention an und beseitige nur die Vertragsform; die Minderheit sei auch mit dem Inhalt der Konvention nicht einverstanden. Im Antrage der Minorität liege der Anspruch, daß die Kammer sich in so lange überhaupt nicht auf den Weg der Gesetzgebung einlassen könne, bis die Verordnung vom Dezember 1857 jammert der mit derselben veröffentlichten Konvention außer Wirkung gesetzt sei.

Reyscher: Sein Standpunkt sei kein konfessioneller, sondern der des öffentlichen Rechts; auf diesem Wege komme er zu der Ansicht, daß zwar ein Vertrag vorliege, der aber weder für die Regierung noch für die Stände bindend sei, weil er ohne die Zustimmung der Stände abgeschlossen worden. Es sei aber überhaupt nicht wünschenswert, daß mit der Kurie ein Konkordat abgeschlossen werde, weil man sich dadurch in seinen Rechten binde. Der Minister des Innern habe gestern Freiheit der katholischen Kirche verlangt, aber nicht gesagt, wo sie verlegt worden sei. Die Bischöfe hätten in ihrer Denkschrift nicht bloß billige Anforderungen gestellt; sie hätten einfach vorausgesetzt, daß sie vermöge göttlicher Einsetzung ihre Rechte hätten. Sie hätten sich hierbei nicht auf den Rechtsweg begeben, sondern sich rein auf den Papst berufen. Der Minister schenke den Fall im Auge gehabt zu haben, daß in Baden der Erzbischof den Kirchenrath in den Bann gethan habe. Die badische Regierung habe damals in Uebereinstimmung mit den übrigen Regierungen der rheinischen Kirchenprovinz gestanden. Damals habe die württembergische Regierung eine Separatverhandlung mit dem Papst begonnen, und dieser sei darauf eingegangen nach dem Grundsatz: Theile und herrsche. Im Fall einer Kollision zwischen Staat und Kirche habe die Regierung den Staatsgesetzen Achtung zu verschaffen, man habe nicht alle Konflikte durch Nachgiebigkeit zu erledigen. Allerdings gebe die Kirche davon aus, sie sei die Sonne, der Staat nur der Mond; aber er glaube nicht, daß der Staat eine Unterordnung unter den Papst anzuerkennen habe. Man sage, das Konkordat sei kein Staatsvertrag. Aber der Papst habe die Bulle erlassen, worin er das Konkordat für bindend erkläre, und die württembergische Regierung habe sie mit dem Konkordat im Regierungsblatt bekannt gemacht. Warum habe denn die Regierung einen Gesandten in Begleitung eines Geistlichen nach Rom geschickt, als um einen Vertrag zu schließen? Warum solle denn die Gesetzgebung hienach geregelt werden? Allerdings habe man anerkannt, daß die Zustimmung der Stände von der württembergischen Regierung vorbehalten worden sei, aber man habe seit vier Jahren diese Zustimmung nicht eingeholt. Da habe Baden noch korrekter gehandelt, denn es habe ohne Verbindlichkeit die Konvention den Ständen vorgelegt; ferner sei die badische Regierung nach Verwerfung des Konkordats zurückgetreten; unser Kultusminister aber habe erklärt, eine Verwerfung könne einen Konflikt zwischen Regierung und Ständen herbeiführen. Wäre uns das Konkordat zur Zustimmung vorgelegt und wäre diese erteilt worden, dann hätte man erst ein gültiges Rechtsverhältnis. Der Abg. Wiess glaube, die Zeit der päpstlichen Unduldsamkeit sei in der Gegenwart vorüber, sie gehöre einer längst vergangenen Epoche an. Aber die sog. Nachmahlsbulle nehme alle Rechte des Mittelalters in Anspruch und stelle die Regier mit den Seeräubern zusammen. Sie sei noch

nicht zurückgenommen worden. Noch 1805 sagte eine päpstliche Instruktion an den Nuntius in Wien, daß die Kurie das Recht habe, die Unterthanen ihres Eides gegen die Fürsten zu entbinden. Das Recht des Papstes sei in der ganzen abendländischen Kirche stets ausgeübt worden; in England dürfe kein päpstliches Schreiben eröffnet werden, als durch den König. In Frankreich sei die Geistlichkeit dem Königthum zu Hilfe gekommen, indem sie erklärt habe, daß der Papst in weltlichen Dingen Nichts zu sagen habe und sie nicht unter ihm stehe, sondern nur den Konzilien unterthan sei. Wie die katholische Kirche auch in unserer Zeit sei, zeige die Geschichte des Knaben Mortara und der Familie Marat. Der westpfälische Friede sei vom Papst nie anerkannt worden, und in Oesterreich sei in der That die Freiheit der andern Religionen nie ausgesprochen worden. Erst jetzt stehe die Religionsfreiheit zu hoffen. Er stimme damit überein, daß man den Weg der Verständigung betreten solle, aber Verständigung sei kein Konkordat. Der von der Regierung eingeschlagene Weg scheine ihm nicht der rechte, nicht der offene und nicht der verfassungsmäßige Weg. Selbst wenn die Regierung sicher wäre, daß die Kurie auch nach Aenderung einzelner Bestimmungen mit dem Konkordat zufrieden wäre, sollte sie nicht auf diesem Wege vorgeschritten sein. Der ganze Zweck des Konkordats sei, das kanonische Recht in dieser nicht gefammten Weise einzuführen. Die Regierung von 1819 habe besser in ihrer damaligen Note daran gedacht, was sie dem Lande schuldig sei. Die Strenge in Beziehung auf die gemischten Ehen sei erst seit den letzten 10 Jahren in Deutschland eingeführt worden. Da es aber vor Allem notwendig sei, daß Klarheit geschaffen werde, um dem Lande Ruhe zu geben, so dürfe man keine halbe, keine unbestimmte Entscheidung geben. Wer für das Konkordat sei, der müsse fordern, daß das Konkordat als Ganzes eingebracht werde, und dann werde man nochmals über dasselbe zu verhandeln haben; wer gegen dasselbe sei, müsse dem Antrage Sarwey's bestimmen, der müsse offen aussprechen: kein Konkordat! Dann erst könne man sich mit der Kurie auf andern Wege verständigen.

Staatsrath v. Klumlein: Die Katholiken sollen ihr volles verfassungsmäßiges Recht erhalten, das wolle Jedermann; dies ihnen zu gewähren, weist die Verfassung selbst auf Verständigung mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche hin; auf andere Weise werde man nicht zum Ziel gelangen; warum sich protestantischer Seits darüber beunruhigen? Auch in England, wo Peel eine Parlamentsakte zur Emanzipation der Katholiken vorgelegt habe, sei damals unter den Protestanten große Aufregung entstanden und man habe die Herrschaft des Papstthums prophezeit. Die Emanzipation sei durchgeführt worden, aber noch sei die protestantische Kirche ungeschädigt und der Papiismus nicht zur Herrschaft gelangt. Der Sturm habe sich gelegt. So würde es bei uns auch geben, wenn man die Konvention annähme. Sie durch Protestanten verwerfen, wäre bedenklich.

Möhl: Er nehme keinen konfessionellen Standpunkt ein und er habe sich stets gestreut, daß so großer Friede und Einigkeit zwischen Protestanten und Katholiken unseres Landes herrsche. Die Konvention sei aber nicht für die Glaubensfreiheit der Katholiken, die von protestantischer Seite nicht gehemmt werde, sondern für die Herrschaft der Hierarchie, die erst den Glaubenszwang, eine Art von Inquisition, üben würde. In England sei es etwas Anderes gewesen; da hätten die Katholiken nicht einmal die staatsbürgerlichen Rechte gehabt, welche sie erst durch die Emanzipation erhielten; aber weder Robert Peel, noch ein anderer Minister hätten es dort gewagt, mit dem Papst ein Konkordat zu schließen, sonst würde ihm das Parlament den Kopf vor die Füße gelegt haben.

Keller von Leutkirch versichert, die Katholiken des Oberlandes sehen mit Sehnsucht der Genehmigung der Konvention entgegen, und wären sehr betrübt über ihre Verwerfung. Prälat v. Binder kann wie wohl für kein Konkordat stimmen.

* Adreßdebatten des französischen Gesetzgebenden Körpers.

III.

Paris, 14. März. In der heutigen Sitzung (von der telegraphisch schon die Rede war) ergreift zunächst der Abg. Keller das Wort. Er bemerkt, daß die strengen Worte, welche der Präsident des Staatsraths an Hrn. Plichon gerichtet habe, einen schmerzlichen Eindruck auf ihn gemacht hätten. Ich war erkaunt gestern, fährt der Redner fort, daß der Hr. Präsident des Staatsraths auf die Interpellation des Hrn. Grafen v. Flavigny zu antworten verweigerte. Hr. v. Flavigny verlangte nicht von der Regierung über eine im Senat gehaltene Rede Aufschluß, sondern er verlangte Rechenschaft über die bekannte Depesche, welche in 40,000 Gemeinden Frankreichs angeschlagen wurde, und welche zu dem Glauben Veranlassung gab, daß die fragliche Rede das neue Programm der Politik des Kaisers sei. (Das ist wahr! man konnte es glauben. Widersprechende Aeußerungen.) Das Schweigen der Regierung in dieser Beziehung, sowie über die gegenwärtigen und zukünftige Politik Frankreichs in Italien verleiht der gegenwärtigen Debatte einen besondern Charakter. Was die italienische Frage betrifft, so ist der Stand der Dinge seit zwei

Jahren derart, daß die Absichten der Regierung Denjenigen, welche die Aufrechterhaltung des hl. Stuhles wünschen, das selbe Vertrauen, wie Denjenigen, welche dessen obliegen und baldigen Ruin wünschen, einzusößen scheinen. Der Redner schildert sodann in ähnlicher Weise, wie seine Vorgänger, die Ereignisse in Italien. Piemont beschuldigt er der Undankbarkeit und macht Frankreich für dessen Betragen und die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes verantwortlich, die ihm als eine Nothwendigkeit erscheint.

Was geschah! ruft Hr. Keller aus, als Piemont den Kirchenstaat überfiel? Der französische Konsul in Ancona protestirte dagegen und berief sich auf seine Ordre; aber Ciadini antwortete: „Ihre Ordre kommt von Paris, aber ich komme von Chambery!“ Was half es auch, daß wir unsern Gesandten von Turin zurückberiefen? Der Hr. Präsident des Staatsraths fährt allerdings zwei Gründe für diese Nachgiebigkeit an: das Prinzip der Nichtintervention und den Widerstand, welchen der Papst und der König von Neapel weissen Rathschlägen entgegensetzten. Das Prinzip der Nichtintervention scheint mir ein Argument dafür, nicht zu interveniren, wenn man keine Lust dazu hat, was jedoch ganz und gar nicht verhindert, zu interveniren, wenn die Lust da ist. (Gelächter.) General Goyon sagte zu mir: „Wenn es meine Instruktionen erlauben, so sende ich einen Courier in das piemontesische Lager, und die Piemontesen weichen zurück.“ (Gelächter.) Geht jedoch der hl. Stuhl in seinen Forderungen zu weit, so verhanze ich mich hinter das Prinzip der Nichtintervention.“ (Neues Lachen.)

Warum erklärt man sich nicht gegen das Prinzip der Nichtintervention? Warum trennt man sich nicht von England? Ist etwa unsere Würde mit derjenigen der Engländer solidarisch? Der Redner gedenkt hierauf mit Entrüstung des Schicksals, welches man dem hl. Vater bereitet habe. Er wirft der Regierung vor, daß in den vorgeschlagenen Konventionen keine einzige Antwort des hl. Stuhles figurire, und macht darauf aufmerksam, daß diese Lücke gewiß ihre Bedeutung habe. Die der päpstlichen Regierung vorgeschlagenen Konventionen hält er für zu beleidigend, als daß die Würde des hl. Stuhles es hätte zugeben können, dieselben in Anwendung zu bringen. Nicht vor Piemont, fährt Hr. Keller fort, wickelt Frankreich zurück. Nein! Aber hinter diesem kleinen Staat steht eine arglistige und treulose Macht, welche Piemont als sein Werkzeug benütze. England ist es nicht, von dem ich spreche, darüber können Sie beruhigt sein, meine Herren. (Gelächter.) Die fragliche Macht existirt aber, und ihr Programm steht im „Moniteur“, in einem berühmten, leider zu schnell vergessenen Dokument. Es heißt darin: „Um das bestehende Gleichgewicht Europa's aufrecht zu erhalten, muß Italien unabhängig, oder die Ketten, mit welchen es Oesterreich in der Sklaverei hält, fester zusammengezogen werden. Italien verlangt, daß Frankreich dieses nicht billige, daß es nicht zugebe, daß Deutschland Oesterreich in den bevorstehenden Kämpfen unterstütze. Bestehe es Ev. Majestät, dies zu thun. Möge Ev. Majestät daran denken, daß so lange Italien nicht unabhängig ist, der Friede Europa's und derjenige Ev. Majestät Nichts als eine Chimäre sind.“

Wer spricht so, das Werk von 1848 zu vollenden? Die Revolution, auf England gestützt und in Dr. sini personifizirt, ist es. (Verlängerte Aufregung, sehr großer Lärm.) Diese Revolution, mit Dolch und Bomben in der einen und dem Glanze ihrer falschen Popularität in der andern Hand, ist es, welche einen Staat von 25 Millionen Seelen vor unserer Thür errichten will. Sie will Rom als Hauptstadt des einheitlichen Italiens annerken, und heute, vielleicht zu dieser Stunde, verlangt das italienische Parlament von uns diese hohe Konzession, oder wenigstens doch das linke Tiberufer; und fragt man die Regierung, was sie bei einer so ersten Angelegenheit thun wird — so antwortet die Regierung nicht. (Hr. Villault, Minister: Die Regierung wird antworten.) Keller fortfahrend: Frankreich war 1793 offen revolutionär, offen erobert unter dem ersten Kaiserreich, offen konservativ 1848 und 1849. Aber was sind Sie, und was wollen Sie? Sind Sie revolutionär, konservativ, oder bleiben Sie einfach Zuschauer bei dem Kampfe? Bis jetzt waren Sie weder das Eine noch das Andere; Sie sind vor Garibaldi zurückgewichen; währenddem Sie zu gleicher Zeit erklärten, daß Sie sein größter Feind seien; Sie sandten zu gleicher Zeit Piemont wirksame Hilfe und dem König von Neapel Charpie (verwirrtes Geräusch); Sie schrieben auf dieselben Seiten die Unverletzlichkeit und die Abiegung des heil. Vaters. (Aufregung.) Sagen Sie nun, was Sie sind.

Es ist Zeit, dieser täglich erneuert werdenden Situation Einhalt zu thun, und das Schweigen zu brechen, welches die italienischen Revolutionäre nur ermunthigt. Es ist Zeit, zu sagen, daß Sie auf der Politik von Villafranca bestehen bleiben, welches diejenige des Kaisers ist; und endlich ist es Zeit, die von so hoher Seite gefommene Sprache zu desavouiren, welche so viel Echo gefunden, und der Logik der Ereignisse und dem Schauder der revolutionären Leidenschaften geantwortet hat. (Verwirrter Lärm.) Sie haben unsere volle Meinung verlangt. Ich werde Ihnen die meinige vollständig sagen. Es ist Zeit, sich der Revolution gegenüberzustellen, und ihr zu sagen: „Du wirst keinen Schritt weiter thun!“ Was ich hier sage, ist nicht die Meinung eines Gegners, sondern eines auf-

richtigen, seinem Lande, der Regierung und seinem Gewissen ergebenen Mannes. (Stürmische Zeichen des Beifalls auf einer großen Anzahl Bänken.)

Eine viertelstündige Pause tritt ein; der ehrenwerthe Redner wird von vielen seiner Kollegen beglückwünscht.

Der Minister Villault tritt den immer heftiger werdenden Angriffen auf die Regierung (die der „Moniteur“ in seinem Referat immer noch als Aeußerung einer „Fraktion“ zu bezeichnen die Stirne hat) energisch entgegen. Zunächst weist er die Insinuation Kellers zurück, als habe sich der Kaiser aus Furcht vor ferneren Attentaten zum Testamentsvollstrecker Drsin's gemacht. So weit könne die Einigenheit durch eine einzige Idee führen. Die Kammer müsse ihre Ruhe und ihren politischen Charakter wieder gewinnen. Das Auftreten des Kaisers in Italien sei durchweg ein nationales, sowohl indem es zur Vernichtung des österreichischen Einflusses in der Halbinsel geführt, als auch die Emanzipation Italiens ermöglicht habe. Was hätte man außer der Nichtintervention thun sollen? Entweder, wie die Gegner sagen, Gewalt gegen Piemont anwenden, oder es wenigstens zurückhalten. Das Kaiserreich hätte also sagen müssen: „Ich, eine liberale (!), von dem Volk erwählte Regierung, die ich die Unabhängigkeit Italiens gewollt, übernehme jene Rolle, verlange Alles, selbst meinen Ruhm, und mache mich zum Unterdrücker der Völker“ (!). Dies, nicht aber die Furcht vor Revolutionen, habe ihn zurückgehalten. Der Kaiser sei der einzige Herrscher, der seit achtzehn Monaten für Italien nicht allein wohlwollende Worte, sondern auch wohlwollende Thaten gehabt. Es gebe noch andere katholische Länder, noch andere Mächte in Europa, die an dem Fortbestand der Ordnung ein Interesse hätten: Alle hätten sie nur fromme Wünsche gehabt, während der Kaiser allein Hand an's Werk gelegt. Er allein habe den hl. Vater zwölf Jahre lang erhalten; ohne ihn wäre er schon längst im Sturm der Revolution untergegangen. Vergleiche man mit diesen Thaten die Worte, welche die Kammer gehört habe, wo bleibe da die Billigkeit und das Recht?

Es gebe zwei Arten von Regierungsformen in der Welt, die, welche aus der Volkshoheit hervorgegangen seien, und die, welche auf dem Legitimitätsprinzip beruhen.

Hätten die Vertheidiger der päpstlichen Sache je ein Wort des Lobes für die ersten gehabt? Für wen aber schwärmten sie? Für Oesterreich, das gerade in diesem Augenblicke sie im Stich lasse, und, um sich zu retten, sich liberal mache. Was nun die kleinen italienischen Fürsten anbelange, die zum Theil bei Solferino gegen Frankreich gestritten, so sei es schon großmüthig genug vom Kaiser gewesen, ihre Wiedereinsetzung zu „wünschen“ (!); diese Toleranz aber in die Verpflichtung umzuwandeln, sie durch Gewalt wieder einzusetzen, das sei zu viel. Ein solcher Mißbrauch dürfe mit französischem Blute nicht getrieben werden. Aber gesetzt auch, Frankreich hätte zu solchen Zwecken Gewalt angewendet, wie lange hätte die Anwendung dieser Gewalt dauern müssen? Er, der Minister, wolle nur von dem einen Kirchnerate sprechen. Fünfzig Jahre lang sei er dem Papste nur durch den abwechselnden Schutz von Oesterreich und Frankreich erhalten worden. Zweimal hätten die Oesterreicher, die sich ihren Schutz theuer hätten bezahlen lassen, die Legationen geräumt, und zweimal seien unmittelbar darauf Unruhen ausgebrochen. Schon 1831 habe eine Art Kongreß in Rom den heil. Vater dringend um Reformen angegangen. Sei es vielleicht auch die Revolution gewesen, welche diesen Rath erteilt habe? Und als die beiden Kaiser von Villafranca aus ein Gleiches anempfohlen, sei auch dies die Revolution gewesen?

Es sei also, um den Wunsch der clerikalen Partei zu erfüllen, nichts Anderes möglich gewesen, als Gewalt anzuwenden, die nicht von Bestand hätte sein können. Uebrigens hege er das Vertrauen, daß die Kammer mit großer Majorität den Adressentwurf genehmigen und dadurch der Regierungspolitik ihre Zustimmung erteilen werde.

Die allgemeine Diskussion wird hierauf geschlossen. Zu dem ersten Paragraphen der Adresse stellt Hr. Tallifer ein Amendement, um dem Kaiser einen wesentlichen Zusatz zu den durch das Dekret vom 24. Nov. hervorgerufenen Verfassungsreformen anzupfehlen. Er verlangt nämlich, um dem Gesetzgebenden Körper mehr Halt und Garantie gegen vorübergehende Fluktuationen des allgemeinen Stimmrechts und gegen den augenblicklichen Druck außerordentlicher Katastrophen zu geben, daß alle vier Jahre nur immer eine Hälfte des Gesetzgebenden Körpers neu gewählt werde.

Die Debatten hierüber werden auf den nächsten Tag verlegt.

Deutschland.

Mannheim, 13. März. Einer der hiesigen Deputirten, Hr. Heuser, hat sein Mandat niedergelegt. Es wird daher das Feld für Wahlthätigkeit, welches Mannheim in nächster Zeit darbietet, noch erweitert. Vorzunehmen sind nämlich: die Wahlen in den großen Ausschuß, den kleinen Ausschuß, den Gemeinderath, des ersten Bürgermeisters, für den Deputirten Heuser durch die alten Wahlmänner, für den Deputirten Achenbach (dessen Funktionszeit umlaufen ist) durch neue Wahlmänner, welcher daher eine Urwahl vorherzugehen hat. Da gibt es denn reiche Gelegenheit, die Gelüste des Agitirens zu befriedigen.

Hinsichtlich der Bürgermeisterwahl hat das plötzliche Zurücktreten des Hrn. Dissen einige Verstärkung in's feindliche Lager gebracht. Wenigstens behaupten nun Viele, daß es bei den Schritten gegen die seitherige Wahlübung auf nichts weniger, als auf eine Demonstration gegen die Wiederwahl Dissen's abgesehen gewesen sei. Es mögen Manche auch wirklich dieses kindlichen Glaubens gewesen sein; in der That war aber namentlich die Art und Weise des Auftretens der Kämpfer für gesetzliche Wahlmodus nur geeignet, die Sache in einem andern Licht erscheinen zu lassen. Jedenfalls bedarf es nun entschiedener Beweise, daß man die Behauptung,

es soll und werde durch diese Sache der Gemeindefriede nicht gestört werden, nicht als leere Phrase brauche.

Die Abdankung des Deputirten Heuser dürfte indessen Allem eine glückliche Wendung geben, denn wir wüßten wohl keine geeignete, würdigere Persönlichkeit zu einem Ersatzmann hier zu finden, als sie Hr. Dissen darbietet. Und dieser wird gewiß bei den vielen Beweisen von Hochachtung und Vertrauen, welche ihm die Bürgerchaft gelegentlich seiner Amtsniederlegung als Bürgermeister gegeben, die Wahl als Deputirter annehmen.

L* Mannheim, 14. März. Nachdem nunmehr die neue Tarifbill in Nordamerika Gesetzeskraft erlangt hat, ist unsern Tabakproduzenten eine Aenderung in Bestellung ihrer Felder geboten; wird der Tabakbau in seine alten Grenzen zurückgeführt, wozu finanzielle Gründe bestimmt nöthigen, so wird der Schaden am Ende nicht groß sein, ja selbst ein nachhaltiger Nutzen eintreten. Wenn man hauptsächlich in den letzten 10 Jahren den Weinbau in unserm Lande dahin veredelte, daß man nur erziehbare Lagen dazu verwendete, und die Rebsorten dem Boden anpaßte, so wurde umgekehrt in letzter Zeit in Folge der hohen Preise überall der Tabakbau in Angriff genommen, und der Boden sollte sich geradezu dem Gewächse anpassen; Grundstücke wurden um enorme Preise gepachtet, selbst bis 60 und 80 fl. der Morgen; die Pflanzung von Futterkräutern und somit auch die Viehzucht vernachlässigt, was natürlich zur Folge hatte, daß auch die zum Tabak so notwendigen Dünger sehr theuer angekauft werden mußten, so daß nach aufgestellter Berechnung tüchtiger Landwirthe bei einem Preise von 28 fl. für den Zentner bei derartigen Pachtgütern kaum ein mäßiger Tagelohn erübrigt wurde. Solchem Schwindel ist jetzt ein thatsächliches Hinderniß entgegengetreten und der umsichtige Landwirth wird dort Halmfrüchte, Kartoffeln und Futterkräuter anpflanzen, wo er auf's Gerathewohl Tabak gebaut hat. Daß die Pflanzung sich hauptsächlich zum Tabakbau eignet, unterliegt keinem Zweifel, und es wird dieses Produkt, mäßig gebaut, wenn auch nicht von Amerika, so doch, wie früher, namentlich von England und Spanien gesucht bleiben.

Δ Aus dem badischen Unterlande, 14. März. Nachdem vor kurzem der bisherige, anerkannt tüchtige Direktor der allgemeinen Versorgungsanstalt seinen Rücktritt angekündigt hat, somit eine Neuwahl notwendig war, hat es bei uns und gewiß überall im Lande große Befriedigung erregt, daß dieselbe auf einen Mann fiel, der um dieses gemeinnützige vaterländische Institut bereits früher in einer Reihe von Jahren die wesentlichsten Verdienste sich erworben hat. Geh. Rath v. Stengel ist nicht nur einer der Gründer der Anstalt, sondern es war hauptsächlich auch das Vertrauen in seinen ehrenwerthen Charakter und seine bewährte Geschäftsfähigkeit, welches der Anstalt von Anfang an eine so starke Theilnahme im Inland und selbst auswärts zuführte. Daß später von Zeit zu Zeit Klagen über geäußerte Erwartungen laut wurden, darf nicht befremden, denn die Menschen wollen überall mehr und vor der Zeit ernten, als sie säen. Verständige Hoffnungen hat die Anstalt in ihrer bisherigen Einrichtung befriedigt und überhaupt schon dadurch viel Gutes geleistet, daß sie eine Menge kleiner Kapitalien, die nutzlos in den Schränken lagen oder vergeudet worden wären, erhalten und fruchtbar gemacht hat. Ein Kapital von bereits mehr als 7 Millionen, zum großen Theil aus kleinen Einlagen von 10 fl. und darüber zusammengebracht, ist für ein kleines Land wahrlich kein unbedeutender Schatz. In dessen dürfte es allerdings endlich an der Zeit sein, die seit einem nun bald 30jährigen Bestand gemachten Erfahrungen zu einer Revision der Statuten und zu einer zeitgemäßen erweiterten Wirksamkeit der Anstalt zu benützen. Eine gewisse Einseitigkeit drückt allerdings unsere vaterländische Versorgungsanstalt, nämlich die, daß sie ausschließlich nur das höhere Alter berücksichtigt und dieses auf Kosten der jüngeren Klassen mehr, als billig und gerecht ist, begünstigt. Die Folge hiervon ist, daß in neuerer Zeit viele unserer Landesleute mit Vorliebe ä. n. l. auswärtigen Anstalten, besonders den beiden rasch aufblühenden württembergischen, sich zuwenden, und dadurch nicht wenig Geld außer Land geht. Ein einfacherer und folglich wohlfeilerer Verwaltungsorganismus nach dem Muster der württembergischen Anstalten dürfte jedenfalls zu empfehlen sein. Mit vollem Vertrauen erwartet man von dem neuen Direktor, daß er diesen und ähnlichen wohlbedachten Wünschen seine volle Aufmerksamkeit schenken werde.

Offenburg, 13. März. (Dr. B.) Die Kinzigthalbahnfrage will wieder neuerdings die Sinne mancher der Interessenten dieser reichen und wohlbevölkerten Landstrecke beschäftigen, und es stehen, wie wir vernehmen, von gewisser Seite leitende Schritte in diesem Betreff in Aussicht. — Nach Beschluß des Verwaltungsrathes unserer Feuerwehrgesellschaft die feierliche Fahnenweihe des Korps am 30. Juni d. J. statt.

(—) **Konstanz, 13. März.** Ich muß meine gestrige Mittheilung über den Untergang des Dampfes „Ludwig“ dahin berichtigen, daß auch die ganze Schiffsladung, bestehend aus einer zweispännigen Equipage, einem Rindvieh und 200 Säcken Frucht etc., mit dem Schiffe unterlief. Der Zusammenstoß beider Schiffe fand gerade während eines sehr heftigen Schneegestöbers und in dem Augenblicke statt, als der „Ludwig“, um einer seichten Stelle des See's auszuweichen, eine Wendung machte, so daß die „Stadt Zürich“ in voller Kraft mit ihrem Schnabel in die hintere Seite des „Ludwig“ sich einbohrte und dieses so beschädigte, daß es versank, bevor die Leute aus den Kajüten herauskommen konnten. Die drei Geretteten standen während des Zusammenstoßes am Steueruder und konnten noch zeitig genug das in der Nähe befindliche Nothschiffchen losbinden und sich in dieses flüchten, um endlich nach einem sechsständigen verweirten Kampfe mit den hochgehenden Wellen sich an's Schweizer Ufer zu retten. Auch ein Hund soll sich noch durch Schwimmen an's Land gerettet haben. Die „Stadt Zürich“ soll übrigens auch sehr stark beschädigt worden sein, so daß sie ihre Fahrt nach Lindau nicht

fortsetzen konnte, sondern mit Mühe sich in den Hafen von Romanshorn retten mußte. Wäre der Zusammenstoß in der Mitte des See's geschehen, so hätte bei dem starken Sturme leicht auch die „Stadt Zürich“ zu Grunde gehen können. Keines der beiden Schiffe ist versichert, wie überhaupt gar keines der Bodensee-Dampfschiffe; dagegen ist die Ladung bei allen versichert, und war es auch bei dem verunglückten der Fall. Aber Menschenleben lassen sich leider gegen solche Unglücksfälle nicht versichern, und es fragt sich, ob man nicht zur Vermeidung der Wiederkehr eines solchen, bis jetzt für die Bodensee-Dampfschiffahrt einzig dastehenden oder ähnlichen Unglücks die Nachfahrten bei stürmischer dunkler Nacht gänzlich einstellen sollte.

Kassel, 13. März. (Fr. J.) Die Verhandlung des gegen Dr. Detke gerichteten Pressprozesses wurde heute vom Obergericht fortgesetzt und zu Ende geführt. Das Erkenntniß wurde vom Gerichtshof nicht alsbald publizirt, sondern wird schriftlich mitgetheilt werden.

Aus der Eifel, 9. März. Der f. Oberprokurator zu Trier, Hr. v. Holleben, macht unterm 3. d. M. bekannt, daß in Folge des Amnestierlasses vom 12. Jan. d. J. und auf Grund eines Reskripts des Justizministers vom 27. Febr. d. J. sämmtliche bisher unerledigte Strafbriefe zurückgezogen werden, welche wegen Beteiligungen an der Plünderung des Landwehr-Zeughauses zu Prüm und wegen der dieselbe vorbereitenden und ihr nachfolgenden, damit in Verbindung stehenden Handlungen zur Zeit erlassen worden sind.

Hamburg, 14. März. In gestriger Abend Sitzung der Bürgerschaft ist die Aufhebung der Accise für preussische Spirituosen etc. bei namentlicher Generalabstimmung mit 90 gegen 71 Stimmen angenommen worden. Da die Geschäftsordnung eine Majorität von zwei Dritttheilen erfordert, so wird die Abstimmung innerhalb 14 Tagen wiederholt, wobei einfache Stimmenmehrheit genügt.

CS. Berlin, 14. März. Im Herrenhause begannen heute die Debatten über den (finanziellen) Antrag des Grafen Arnim-Boymenburg, v. Rög und Hr. Stahl um 11 1/2 Uhr und wurden um 2 1/4 Uhr auf morgen vertagt. Das Ministerium war zeitweise vollständig auf dem Posten. Die Kompetenzfrage, ob überhaupt das Herrenhaus über einen solchen Antrag in Beratung treten könne, war durch eine Debatte, an welcher sich die H. H. Camphausen, v. Jandor, Graf Rittberg, Stahl, Baumhark, der an den gesunden Menschenverstand appellirt und dafür von dem Präsidenten zurechtgewiesen wird, v. Kleist-Regow, Zellkamp beteiligten, mit großer Majorität bejaht, und der Berichterstatter nimmt das Wort zum Antrage selbst. Einer mehr als 1/2 stündigen Rede des Grafen Arnim folgt die Erörterung des Finanzministers und seines Regierungskommissars, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Es sind noch 14 Redner eingeschrieben. Der preussische Bundestags-Gesandte, Hr. v. Uedem, war auf seinem Platz im Hause.

Preußen schlägt in Betreff der syrischen Okkupation durch die Franzosen den 5. Juni als den Termin vor, wo diese Okkupation aufzuhören haben werde.

Leipzig, 11. März. Nachdem am Freitag Dr. Heinrich Brodhaus, der Chef der bekannten Buchhandlung, in seiner Eigenschaft als „Rekurrent“ von 1850 her, eine Erklärung auf den jüngst von beiden Kammern unseres Landtags gefaßten Beschluß in Betreff der Wiedereinsetzung der „Rekurrenten“ in das ihnen seit dem genannten Jahre entzogene Recht der Wählbarkeit erlassen, bringen die beiden letzten Nummern der „D. A. Z.“ die in gleicher Richtung sich bewegenden Erklärungen zweier andern Rekurrenten, des Hrn. Gustav Harckort und des Stadthaltes Friedrich Fleischer, welche zu den angefeindeten und bedeutendsten Persönlichkeiten unserer höheren Kreise gehören.

Kirchberg (Königr. Sachsen), 10. März. (D. A. Z.) Auf Verordnung des Kultusministeriums wurde am 8. März unser Diakonus, Viktor A., der sich geweigert hatte, eine Geschiedene wieder zu trauen, von seinem Amt entlassen.

Wien, 14. März. Ein Telegramm der „D. A. Z.“ aus Paris meldet: Frankreich habe den Vorschlag, die Okkupation in Syrien noch auf 3 Monate zu verlängern, angenommen.

Schweiz.

Bern, 12. März. Die „Eidgen. Ztg.“ bestätigt, daß Hr. Hildebrand nach Bern zurückgekehrt ist, mit dem Anfügen, er habe der Kommission bereits ein Rechtfertigungsschreiben eingereicht. Die H. H. Schneider und Niggeler haben seine Verfolgung verlangt. — Hr. Dersif Ziegler wird in der nächsten Bundesversammlung Amnestirung der heimgekehrten Militärs beantragen.

Italien.

Turin, 11. März. In der heutigen Kammer Sitzung hat Zanolini den Präsidentenstuhl an Ratazzi abgetreten. Zanolini sagte bei dieser Gelegenheit, Italien sei im Begriff, vollständig zu werden und die Hauptstadt nach Rom zu übertragen; er gibt seine Zuversicht einer baldigen „Befreiung“ Benedigs zu erkennen und verberichtet Garibaldi. Ratazzi preist den Prinzen Napoleon, Hrn. v. Vincke und Garibaldi [artige Zusammenstellung!] und drückt gleichfalls seine Zuversicht in die Lösung der römischen und venetianischen Frage aus. Cavour legt der Kammer das Gesetz über die Proklamirung des Königreichs Italien vor, welches das Werk seiner Konstituierung vollende und ein e. s. werde durch Gesetze und Einrichtungen, wie es bereits eines sei durch seine Herkunft und seine Sprache. Bei Gelegenheit der Eröffnung des Parlaments — fährt Cavour fort — haben Sie Victor Emanuel mit dem neuen Titel begrüßt, welchen Italien von Turin bis Palermo ihm gegeben. Sie werden diesen befähigen durch Stimmenteinhelligkeit, sowie (doch nicht einstimmig?) ihn der Senat befähigt hat.

Turin, 13. März. In der Abgeordnetenversammlung hat der Minister des Innern Gesegentwärfen in Betreff

der Organisation des Königreichs vorgelegt, welche von der Kammer günstig aufgenommen wurden. Graf Cavour zeigte die Uebergabe der Zitadelle von Messina an; die Kammer votirte eine Lob- und Dankagung an die Land- und Seetruppen.

Turin, 14. März. (A. Z.) Mauro Macchi reicht bei dem Parlament den Antrag ein: dahin zu wirken, daß die Franzosen Rom räumen. Eine Petition fordert die Annerion Roms an das Königreich Italien.

Turin, 14. März. (Sch. M.) Der Gesetzentwurf über das Königreich Italien wurde angenommen.

Nom, 13. März. (A. Z.) Nach Osnern werden die neapolit. Majestäten Rom verlassen und ihren fernern Aufenthalt in Bayern nehmen.

Frankreich.

Paris, 14. März. Es scheint sich mehr und mehr zu bestätigen, daß, sobald die Adresse und das Budget votirt ist, man die H. H. Abgeordneten nach Hause schicken wird. Prinz Napoleon sagte, es sei notwendig, den Senat zu „epuriren“; der Kaiser ist der Ansicht, daß auch im Gesetzgeb. Körper eine solche Ausmerzung notwendig geworden ist, da etliche Hundert dieser Herren geradezu unbedeutend geworden sind. Um dieses zu bewerkstelligen, werden die Zulieren und das Palais-royal, das Kaiserthum und die rothe Republik sich die Hände reichen und einen Teig bereiten, woraus man Deputirte formt, wie man sie braucht. Glauben Sie nicht, daß, was ich Ihnen sage, bloße Phrasen sind; qui vivra verri!

Die heute aus Petersburg eingetroffenen Depeschen lauten sehr verschieden von den gestrigen Nachrichten. Der Zar ist zwar auch heute noch der Vater seiner polnischen Kinder, aber ein zürnder Vater, und offenbar hat man sich in St. Petersburg, wo man geneigt war, den veröhnlichen Rathschlägen der Zulieren Folge zu leisten, plötzlich eines Besseren oder doch eines Andern bedonnen. — Wie man versichert, wird die syrische Konferenz Samstag zusammenzutreten und soll sodann vom russischen Bevollmächtigten die „orientalische Frage“ corement gestellt werden. Wie sich von selbst versteht, würde dies mit andern Worten nichts Anderes heißen, als Allianz zwischen Frankreich und Rußland und Bruch (ou à peu près) der Allianz mit England. Für diesen Fall, sagt man bei, wäre Persigny entschlossen, den Platz zu räumen. Wie aber wird man hier die neueste Wendung der Dinge in St. Petersburg aufnehmen? Die hier lebende Polenemigration, welche im Palais-royal so große Sympathien genießt, ist sehr erobert über die Prinzessin Mathilde, Schwester des Prinzen Napoleon, in deren Salons nur russisch Gesandte Zutritt haben. In ihrer Eigenschaft als Fürstin Demidoff ist Ihre Kaiserl. Hoheit vollkommen berechtigt, russische Sympathien zu hegen.

Das außerpolitische Ereigniß des Tages ist die gestrige erste Aufführung von Richard Wagner's „Tannhäuser“. Ich will kein Urtheil über die Wagner'sche Musik aussprechen, sondern nur daran erinnern, daß ich vorher sagte, daß weder das Buch, noch die Musik Wagner's im Geschmack des französischen Publikums ist. Dazu trat eine vorgefaßte Meinung gegen dieses seit 7 Monaten so viel besprochene Werk — und der „Tannhäuser“ machte — ich behauere es sagen zu müssen — Fiasco. Der Marsch, die Abendstern-Arie gefielen, das Uebrige wurde mit Gleichgültigkeit, mehrere Nummern mit Zischen aufgenommen. Deutsche Musik ist in Frankreich sehr geachtet (Mozart, Weber, Haydn und Händel). Auf der Bühne und in Konzerten findet die deutsche Musik der „Vergangenheit“ großen Beifall, — die „Zukunftsmusik“ einführen zu wollen, war kein glücklicher Gedanke für die Direktion der Großen Oper, welcher die Ausstattung des „Tannhäuser“ über 200,000 Fr. kostete, und für den Kompositur, dem sie keine Vorbeeren brachte. Niemand gefiel, ohne Enthusiasmus zu erregen. Der Kaiser, die Gesandten der deutschen Staaten wohnten der Vorstellung bei; in den Logen sah man einen wahren Kranz reichgeschmückter Damen. Fürstin Metternich, welche mit Recht oder Unrecht als die „Beschützerin“ Wagner's gilt, sah sich durch die Perspektive und Vorquetten der Maßstäbe belästigt, daß sie den Saal vor dem Schluß der Vorstellung verließ *).

Die Bank von Frankreich hat ihren Disconto auf 6 Proz. herabgesetzt. — Die Tratten der türkischen Regierung auf Wires werden zufolge einer Vereinbarung zwischen dem ottom. Gesandten, der Caisse Donon, und Hrn. v. Germiny eingelöst. — Das Vaudevilletheater blieb gestern wegen plötzlicher Erkrankung der Mlle. Pierres geschlossen. Man will wissen, daß dies mit der gestrigen erfolgten Verhaftung

*) Die Lithographie Havas schreibt: Wagner's „Tannhäuser“ hat gestern bei der ersten Aufführung kein Glück gehabt. Die Zukunftsober erlitt ein in den Annalen der hiesigen Oper seltenes Fiasko. Die ausdauernden Bemühungen der Anhänger und Freunde des Meisters und seiner musikalischen Richtung vermochten durch ihren Beifall des Gelächers und Zischens des französischen Publikums nicht Herr zu werden. So sehr auch von den Gegnern die hervorragenden Leistungen des Hrn. Wagner als Sänger und Darsteller nach Verdienst gewürdigt wurden, so vermochten doch weder er noch die andern Mitwirkenden den Fall der Oper aufzuhalten. Uebrigens wurden sie auch schließlich, gleichsam zum Zeichen, daß das Mißfallen der Oper und nicht der Aufführung gelte, herausgerufen. Die Ausstattung des Stückes war prachtvoll, das Orchester, was wohl bei der Katastrophe mit in Anschlag zu bringen ist, an vielen Stellen schwach und der Aufgäbe nicht gewachsen (?) oder dieselbe nur mit Unlust mangelhaft erfüllend.

Der „Constitutionnel“ berichtet vorläufig Folgendes: „Die Versammlung war glänzend und mit sichtbarster Leidenschaftlichkeit für und gegen das Werk erfüllt. Die Direktion hatte für Dekorationen und Scenerien keine Ausgaben gescheut. Die Sänger haben gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt, und dennoch gelangte das Stück nicht ohne Mißbehagen und — wenn man es sagen soll — nicht ohne einige Pfiffe bis ans Ende. Immerhin hat man einigen Stellen von unbestreitbarem Verdienst einstimmige Gerechtigkeit widerfahren lassen, dagegen hat man aber einige Takte von zweideutigem Geschmack vielleicht etwas zu lebhaft angegriffen. Wie wollen hier kein Urtheil fällen, sondern einzig den Erfolg dieses so ungeduldig erwarteten Abends konstatiren.“

Wir wünschen und hoffen, daß der Erfolg der ersten Aufführung nicht definitiv entscheidend für das Schicksal des in seiner Weise jedenfalls genialen und großartigen Werkes des deutschen Meisters in Frankreich sein wird. — D. R. v. R. Z.

des Hrn. Solar im Zusammenhang siehe. — Im Gesetzgebenden Körper sprach heute Hr. J. Favre über das mit den H. H. Dillier, Henon und Picard gestellte Amendement.

Paris, 14. März. Die „Patrie“ meldet, daß in Folge eines furchtbaren Feuers der Piemontesen die Zitadelle von Messina sich auf Gnade und Ungnade ergeben mußte. Nach der telegr. Depesche hätte V. Emanuel der Garnison die schon bei der Uebergabe von Gaeta zugestandene Kapitulation zugestanden. — Nach einer aus Indien eingetroffenen Depesche hätten die Franzosen die anamitische Armee geschlagen und von Saigon zurückgedrängt. Diefelbe wäre im Rückzug auf Hue begriffen.

Paris, 15. März. (Sch. M.) Im Gesetzgebenden Körper wurde gestern über das Amendement J. Favre's wegen Aufhebung der Ausnahmegeetze beraten. Favre's befämpfte das Amendement, das verworfen wurde. Der erste Paragraph der Adresse wurde angenommen.

Spanien.

Madrid, 12. März. Der Kongreß wird morgen ein Amendement votiren, worin die Haltung der Regierung in der italienischen Frage gebilligt wird. Man erwartet belebte Debatten.

Cadix, 13. März. Heute fand die feierliche Einweihung der ganzen Eisenbahnlinie von Sevilla nach Cadix statt.

Niederlande.

Haag, 13. März. Das neue Ministerium ist in folgender Weise zusammengestellt: Baron Heemstra, Inneres; van Casembroot, Krieg; Godefrui, Justiz; Baron van Zuylen van Nyevelt, auswärtige Angelegenheiten; Baron Kattendyke, Marine; Tets van Goudriaan, Finanzen; Loudon, Kolonien; Jolles, protestantischer Kultus; Strens, katholischer Kultus. Bloss die drei Ersten gehören zu dem Kabinette van Hall.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 14. März. (Ziff. Bl.) Ein Reskript des Kaisers an den Fürsten Gortschakoff in Warschau sagt, die Petition solle als nicht angenommen betrachtet werden; der Kaiser wolle indessen darin Nichts als eine Verführung erblicken. Er werde alle Sorgfalt auf die durch den Gang der Zeit und der Entwicklung der Interessen nöthigen Reformen im Kaiserreich verwenden; alle königlichen Unterthanen seien Gegenstand gleicher Aufmerksamkeit; der Kaiser habe seinen Wunsch an den Tag gelegt, sie alle an den fortschreitenden Wohlthaten und Verbesserungen Theil nehmen zu lassen. Seine Absichten und Gefühle seien dieselben. Er hoffe, sie würden nicht verkannt und durch ungesunde und übertriebene Forderungen paralytisch werden, die sich mit dem Wohlbefinden seiner Unterthanen nicht verträgen. Der Kaiser werde alle seine Pflichten erfüllen, aber keine Rücksicht dulden; man werde auf diesem Gebiet (terrain) Nichts ertragen. Bestrebungen, welche sich dennoch darauf stützten, würden sich im voraus verurtheilen; sie würden das Vertrauen zerstören und streng geahndet werden, weil dadurch das Land von seiner regelmäßigen Fortschrittsbahn, „in welcher mein bestimmter Wunsch es erhält“, zurückgeworfen würde.

Warschau, 9. März. (Dr. J.) Die Rückwirkung der Warschauer Vorfälle auf die Provinz ist nicht ausgeblieben. In Lublin und in anderen Gouvernements- und Provinzialstädten gab es nach dem Beispiele Warschau's kleine Demonstrationen, Trauer-Gottesdienste, Geldsammlungen, Proklamationen, Festsereinslagen u. dgl. In Petrikau (einer Stadt von 10,000 Einwohnern, an der Warschau-Wiener Eisenbahn gelegen) war am 3. d. M. die Bevölkerung, Behörden und Schulen nicht ausgenommen, in der Kirche zum Gottesdienst, als am Jahrestag der Krönungsfeier, versammelt, als ein junger Mann auf eine Bank hinaufstieg und das Volk zum Auseinandergehen aufforderte, indem er sagte: „Wozu sollen wir hier sitzen, wenn polnisches Blut unschuldiger Weise vergossen wird, und unsere Kirche entheiligt wird.“ Es versteht sich von selbst, daß der junge Mann sofort arretirt worden ist, obgleich Manche behaupten, daß derselbe gemüthskrank sei.

Warschau, 14. März. Meyendorff brachte aus St. Petersburg die Nachricht, daß der Kaiser die in ihn gelangte Adresse nicht gut aufgenommen habe. Der Kaiser gewährt jedoch eine Rekonstitution des Staatsraths, eine vollständige Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, Municipalität aus Bürgerwahlen hervorgehend. Fürst Gortschakoff beruft Notabilitäten zu Berathung administrativer Reformen.

Serbien.

Belgrad, 8. März. Die serbische Regierung veröffentlicht durch ihr Amtsblatt die allgemeine Amnestie, welche die Fortie den politischen Flüchtlingen aus dem Paschalik von Nisch, die sich in Serbien aufhalten, ertheilt hat.

Amerika.

Washington, 28. Febr. Die Friedenskonferenz hat den von Guthrie modifizirten Plan mit einem Theil des Crittenden'schen Projektes angenommen. Das Projekt der Friedenskonferenz erregt Befriedigung. Der Kongreß be-rät über die passenden Maßregeln zu dem Projekt der Friedenskonferenz.

Washington, 2. März. Es geht das Gerücht, einer der ersten Regierungskräfte Lincoln's werde sein, Verstärkungen nach dem Fort Sumter und Kriegsschiffe zur Eintreibung der Abgaben einzusenden. Major Anderson schreibt, daß er unmittelbar nach dem Amtsantritt Lincoln's erwarte, im Fort Sumter angegriffen zu werden. Davis trifft alle Vorbereitungen zu einem blutigen Zusammenstoß. Eine Kollision zwischen den Regierungen- und den Truppen des Staates Texas wird als nahe bevorstehend angesehen. Die Wahlen in Texas sind in separatischem Sinne ausgefallen.

Washington, 2. März. Der Kongreß gestattet die Aufnahme Neu-Mexiko's in die Union, und zwar mit oder ohne Sklaven, je nachdem das Volk es wünscht. Das Amendement, in Betreff der Auslieferung flüchtiger Sklaven, ist angenommen worden. Die Situation wird als ernst betrachtet. Die Rede des Präsidenten Lincoln hat eine große Unzufriedenheit, als eine schwankende Politik verheißend, hervorgerufen.

Bermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 14. März. Es ist eine erfreuliche Wahrnehmung, daß die Einsicht, wie notwendig die Stärkung des Körpers durch regelmäßige Leibesübung zur Pflege eines gesunden, kräftigen Volksgeistes ist, sich mehr und mehr in allen Ständen Bahn bricht und wohl nirgendwo mehr auf die alten Vorurtheile stößt. Daß auch reifere Männer in immer größerer Anzahl sich den betreffenden Vereinen anschließen, kann für die Sache selbstverständlich nur förderlich sein, und so wird es gewiß auch gerne vernommen werden, daß vor kurzem in hiesiger Stadt neben dem seit längerer Zeit bestehenden Turnverein sich ein Männerturnverein gebildet hat, dessen uns vorliegende Statuten von ernstem Eifer für die Sache sowohl als von reifer Einsicht in Wesen und Bedeutung derselben zeugen.

Neudargemünd, 12. März. Am vorgestrigen Sonntag fand dahier die seltene Feier einer goldenen Hochzeit statt. Am 5. Febr. d. J. nämlich waren es 50 Jahre gewesen, daß das Schiffer-Johann Georg Schwartz'sche Ehepaar, auf dem zu hiesiger Stadt gehörigen Zinken, der sog. Ziegelhütte, wohnhaft, getraut wurde; und nur weil sie selbst in der irrthümlichen Meinung geblieben waren, daß dies am 5. März, statt am 5. Febr., stattgefunden habe, verlegten sie die fünfzigjährige Gedächtnisfeier dieses Ereignisses auf den letzten Sonntag. Hier erschienen nun diese, ebenso noch rüstigen, wie von je her fleißigen und wadern alten Leute, der Mann in einem Alter von 76 Jahren, die Frau ein halbes Jahr älter, umgeben von ihren 6 Kindern (darunter 4 Verheiratheten, mit ihren Gatten, und 2 erwachsenen, noch unverheiratheten), sowie gefolgt von dem größten Theil der Einwohnerschaft der genannten Ziegelhütte, in ihrer hiesigen Kirche, der evangelischen, und wohnten dem Gottesdienst bei, den auch der hiesige Gesangverein durch seine Mitwirkung verschönerte. Nach dem Gottesdienst hielt der Geistliche vom Altar aus an das vor diesen getretene Jubelpaar eine Anrede, und sprach nach deren Schluß den Segen über dasselbe. Wie dem Paare Namens der Kirchengemeinde zugleich ein werthvolles Andachtsbuch zum Andenken an dieses denkwürdige Ereigniß überreicht wurde, so vermehrte den durch die ganze Festfeier nicht nur bei den beiden Hauptbetheiligten und ihren nächsten Angehörigen, sondern auch bei der ganzen Gemeinde hervorgerufenen erhebenden Eindruck in nicht geringem Grad die Mittheilung, daß gerade unmittelbar vor dem Gottesdienst auch von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog in landesväterlicher Guld ein anscheinliches Gnadengeschenk für die Jubel-eheleute eingetroffen sei.

Freiburg, 14. März. (Zeffr. Bl.) Die Direktion des hiesigen Stadttheaters ist von dem Gemeindevath für das nächste Theaterjahr dem gegenwärtigen Direktor Hrn. Ehrhard imski wieder übertragen und dadurch anerkannt worden, daß man mit seiner bisheriger Geschäftsführung und den Leistungen seiner Gesellschaft im Allgemeinen wohl zufrieden war.

Schwerin, 10. März. (S. R.) Als außerordentl. Professor der Medizin für die Fächer der Chirurgie, Augenheilkunde und Verbandslehre ist zu Dorn d. J. Dr. Simon in Darmstadt an die Universität zu Rostock berufen. Die Stelle ist neu freit.

Breslau, 11. März. Johannes Ronge, nach fast 12jähriger Abwesenheit hieher zurückgekehrt, verrichtete am gestrigen Sonntag zum ersten Male wieder die geistlichen Funktionen bei der von ihm ins Leben gerufenen „Christ-katholischen Gemeinde“.

Bei der letzten Aufführung der „Grille“ im Hofburgtheater zu Wien — es war die Abschiedsvorstellung der Friederike Schumann — machte ein Enthusiast seinem Herzen in folgenden Zeilen Luft:

Nie sah solch entzückten Troß man,
Nie entließ einen blühenderen Sproß man,
Niemals rührender beschloß man,
Vom Lobe nie mehr überloß man,
Heißere Thränen nie vergoß man,
Nie so viel Beifallpulver verschloß man,
Und sie selbst erblickte nie so groß man,
Als heute — die kleine Schumann!

Marktpreise.

Karlsruhe, 15. März. Auf dem hiesigen Fruchtmarkte am 13. März wurden zu Mittelpreisen verkauft: 63 1/2 Malter Haber zu 5 fl. 33 kr. Eingestellt wurden 26 Malter. Runkelrüben Nr. 1 (per 150 Pfund) 17 fl. 30 kr.; Schwingmehl Nr. 1 16 fl.; Wehl in drei Sorten 14 fl.

In der hiesigen Wehlhalle blieben aufgestellt: 85,756 Pfd. Wehl. Eingeführt wurden vom 7. bis 13. März: 117,994 Pfd. Wehl.

Davon verkauft: 203,750 Pfd. Wehl. 121,689 Pfd. Wehl.

Blieben aufgestellt: 82,061 Pfd. Wehl.

Ergebniß des am 9. und 12. März 1861 zu Bilklingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Vorrath.	Verkauf.	Preis.	Ausschlag.	Abschlag.
	Mtr.	Mtr.	per Malter.	per Malter.	per Malter.
Kornen	571	610	14 fl. 55 kr.	— fl. — kr.	— fl. 36 kr.
Roggen	20	17	12 fl. 40 kr.	— fl. — kr.	— fl. 50 kr.
Gerste	17	17	9 fl. 13 kr.	— fl. — kr.	— fl. 7 kr.
Bohnen	42	18	13 fl. 9 kr.	4 fl. 4 kr.	— fl. — kr.
Erbsen	2	2	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Mischfrucht	244	63	7 fl. 20 kr.	1 fl. 17 kr.	— fl. — kr.
Wicken	1	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Linjen	2	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Haber	213	208	5 fl. 24 kr.	— fl. 2 kr.	— fl. — kr.
Sparsette	33	3	6 fl. 13 kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 17. März. 2. Quartal. 38. Abonnementsvorstellung. **Dans Peiting**; romantische Oper in 3 Akten, nebst einem Vorspiel von Eouard Devrient, Musik von Heinrich Marschner.

In Confirmations-Geschenken, wie für die Passionszeit empfiehlt die Verlagsbuchhandlung S. G. Kiesling in Stuttgart: — Paulus Gerhards geistliche Lieder, getreu nach der bei seinen Lebzeiten erschienenen Ausgabe wiederabgedruckt. (Herausgegeben von Philipp Wachernagel.) Dritte Auflage. Oktav-Ausgabe. Auf feinstem Velinpapier. In Cassian-Locher gebunden, mit Goldschnitt. In Kapfel. 2 fl. 15 kr.

— Taschen-Ausgabe: Auf feinstem Velinpapier. Geb. 45 kr. Auf feinem Velinpapier. Elegant in Leder mit Goldschnitt und Verzierungen gebunden, in Kapfel. 2 fl. 24 kr.

Johann Hermanns geistliche Lieder, herausgegeben von Philipp Wachernagel. Miniaturformat. Neue Ausgabe. Velinpapier. Mit Goldschnitt, cartonirt 1 fl.

W. Löhe, sieben Vorträge über die Worte Jesu Christi vom Kreuz. Fein cartonirt. 1 fl.

Zu erhalten in Karlsruhe durch die Buchhandlung von Th. Ulrici, Lammstr. 4.

Commisstelle-Gesuch. Q. 611. Ein junger Mann, welcher schon seit längerer Zeit in einem bedeutenden Establishement Süddeutschlands thätig ist, sucht seine gegenwärtige Stelle gegen eine andere zu verlausen zum Behuf seiner weiteren Ausbildung.

Affocié-Gesuch. Q. 691. Zu ein größeres Bankgeschäft Süddeutschlands wird ein Mann von Anfangs der 30er Jahre, Konfession, als Affocié gesucht.

Wirthschaft zu verpachten. Die Wirthschaft des der Gesellschaft „Bürger-Verein zu Karlsruhe“ eigenthümlich gehörenden Gasthauses zum „Kaiser Alexander“ verbunden mit der Restauration der genannten Gesellschaft, soll vom 23. October d. J. an auf weitere Jahre in Pacht gegeben werden.

Das Komitee. Q. 410. Konstanz. Empfehlung. Ich erlaube mir mein großes Lager in Kirchenparamenten, Ornamenten, Figuren, überhaupt Allem, was in der Kirche gebraucht wird, aufsonnende hohe Preise in wohlgeleiteter Erinnerung zu bringen.

C. Weick. Q. 668. Durlach. Ruhrer Steinkohlen. Mit einer Schiffsladung ist Schiffer Jäger in Leopoldshafen eingetroffen, sowohl Schmelzkohlen, Fettschrott für Ofen- und Kesselfeuerung, als Coaks — die zu den billigsten Preisen en gros & detail bis zum 24. abgegeben werden.

Durlach, den 14. März 1861. Gebr. Schmidt.

Q. 663. Karlsruhe. Lahrer Gas-Obligationen. Die am 1. April d. J. fälligen Coupons der Lahrer Gas-Obligationen werden von heute ab an meiner Kasse eingelöst. Karlsruhe, den 14. April 1861. Ed. Koelle.

Q. 396. Viebrich a. Rh. Die große Blumen- u. Pflanzenausstellung herzoglichen Wintergärten zu Viebrich a. Rh. wird am 31. März eröffnet und dauert bis einschließlich den 18. April 1861. Eintrittspreis 30 Kreuzer à Person. Herzoglich Nassauische Garten-Direktion.

Q. 346. Offenburg. Bekanntmachung. Die Anstellung des Lagerbuches für die Gemartung und Gemeinde Schutterwald betreffend. Nachdem das Lagerbuch dieser Gemeinde aufgestellt ist, und so weit dies bis daher ermittelt werden konnte, sämtliche Liegenschaftsstücke mit ihren Rechten und Lasten darin verzeichnet sind, wird dasselbe nach §. 12 Höchster Verordnung vom 26. Mai 1857 (RegBl. Nr. 21. S. 221) von heute an während zwei Monaten an dem Gemeindehause in Schutterwald zu Jedermanns Einsicht aufgelegt.

Kapitalien auszuleihen. Bei der unterzeichneten Kasse liegen fortwährend Kapitalien in Beträgen von 1000 fl. und darüber gegen doppeltes Untersand in Liegenschaften zum Ausleihen bereit. Desfallsige Gesuche sind vorzulegen anher einzuwenden. Karlsruhe, den 15. März 1861. Privatparafise.

Q. 489. Heidesheim bei Bruchsal. Verkauf = Anerbieten. Ich bin im Besitz von 30 Bentnern echt englisch Haugras, Ernte 1860, und biete den Zentner zu 14 fl. 30 kr. zum Verkauf an. J. F. Schäfer.

Q. 671. Baden. Bleirohren-Lieferung. Die hiesige Wasserleitungs-Aktiengesellschaft bedarf behufs der Einrichtung von Brunnen in Privatgärten a) etwa 80 Zentner Bleirohren mit einem Zoll Durchmesser und einer Wandstärke von 1/2 Linien; b) etwa 300 Zentner derselben mit 8 Linien Durchmesser und gleicher Wandstärke wie zu a.

Q. 626. Nr. 95. Friedrichsthal. Holzversteigerung. Aus groß. Hardwalde, Abtheilung Schwarzes Storch-Nest, werden veräußert Mittwoch den 20. d. M.: 40 1/2 Kftr. forstene Brühlholz, 4325 Stück huchene Wellen, 9900 forlene 12 Loos Schlagraum.

Q. 646. Nr. 112. Ottenhöfen. Holzversteigerung. Aus Domänenwaldungen werden veräußert Donnerstag den 21. d. M., mit der Zusammenkunft Morgens 9 Uhr am Forsthaus in Ottenhöfen, aus den Distrikten II. Wolfstein, V. Gieskopf, VI. Rinderswald und VII. Rühlennwald:

1 Nadelholz-Schlag, 20 Nadelholz-Baumspfähle, 6 1/2 Kftr. Nadelholz-Schichtholz, 3 1/2 Kftr. Nadelholz-Brügel, 30 Stück gemischte Wellen und 50 Bund Birkenbeckenreis;

Donnerstag den 22. d. M., mit der Zusammenkunft Mittags 1 Uhr im Schwannwirthshaus in Lautenbach, aus dem Distr. IV. Waldobach: 79 Nadelholz-Schichten, 2000 Stück Nadelholz-Hopfenstangen, I. Sorte, 1200 Stück Nadelholz-Hopfenstangen, II. Sorte, 475 Nadelholz-Baumspfähle, 1200 Nadelholz-Rebhefen, 1 1/2 Kftr. Nadelholz-Brügel und 3 Loos Schlagraum;

Freitag den 22. d. M., mit der Zusammenkunft Morgens 9 Uhr in Allerheiligen, aus dem Distr. I. Aeth, 11 Erdbeerloch (in der Nähe von Allerheiligen): 525 Stück Nadelholz-Hopfenstangen, I. Sorte, 375 Stück Nadelholz-Hopfenstangen, II. Sorte, 875 Nadelholz-Baumspfähle, 1250 Nadelholz-Rebhefen, 550 Nadelholz-Bohlensteden, 14 1/2 Kftr. huchene, 2 Kftr. abornene und 49 1/2 Kftr. nadelnes Scheitholz, 32 Kftr. huchene und 58 1/2 Kftr. Nadelholz-Brügel, 1800 Stück gemischte Wellen und 5 Loos Schlagraum.

Q. 648. Huchensfeld, Oberamt Pforzheim. Holzversteigerung. Aus diesseitigen Domänenwaldungen werden veräußert: 1) Dienstag den 26. d. M., in den Aeth. Scheiterbau und Erlesberg, Gemartung Büchsbrenn, 125 Stämme tannenes Föhholz, 48 Stämme starres, tannenes Bauholz, 18 Stück huchene und 103 Stück tannene Sägläge; 59 1/4 Kftr. huchenes, 1/2 Kftr. lindenes und 18 Kftr. tannenes Scheitholz; 1/2 Kftr. huchenes und 1/4 Kftr. tannenes Brühlholz; 1555 Stück huchene und 555 Stück tannene Wellen, sowie 3 Loos Schlagraum;

2) Mittwoch den 27. d. M., in der Aeth. Wäfenwald, Gemartung Huchensfeld: 166 Stämme tannenes Föhholz, 42 Stämme starres tannenes Bauholz, 2 Stück eichene und 240 Stück tannene Sägläge, sowie 2 Stück eichene Haufflöße; 2 Kftr. eichenes Kuchholz, 16 Kftr. eichenes, 50 Kftr. tannenes Scheitholz; sowie 15 Stück eichene Wellen, und

3) Samstag den 30. d. M., in den Aeth. Brückerschlag, Erzgrube etc. etc., Gemartung Büchsbrenn, von Dürrpändern: 191 Stämme tannenes Bauholz, 1 tannenes Säglage, 355 Stück tannenes Bau-, 526 Gerüst- und 915 Stück Zelterstangen, sowie 14 1/2 Kftr. tannenes Brühlholz.

Zusammenkunft jeweils Vormittags 9 Uhr, am ersten und dritten Tage beim Rathhaus in Büchsbrenn und am zweiten bei jenem in Huchensfeld. Huchensfeld, den 13. März 1861. Großh. bad. Bezirksforst. Weick.

Q. 534. Gemmingen im Amtsbezirk Eppingen. Stammholz- und Brennholz-Versteigerung. Auf dem Grundherrlich von Gemmingen'schen Waldbezirk Schredbach, zunächst der Chauler nach Schwiegen, werden gegen baare Bezahlung in öffentlicher Steigerung gegeben, Mittwoch und Donnerstag den 20. und 21. März d. J.: 160 eigene Stämme von 6 bis 10 Zoll mittl. Durchmesser bis zu 36 Schuh Länge, zu Bau- und Kuchholz, 210 eigene Stämme von 10 bis 12 Zoll mittl. Durchmesser zu Nutz-, Eisenbahn- und Schwellen u. Holländerholz tauglich, 130 eigene Stämme von 13 bis 24 Zoll mittl. Durchmesser bis 42 Schuh Länge, tauglich, 5 rothbuche Kuchholzföhle bis zu 20 Zoll mittl. Durchmesser, 2 hainbuche Kuchholzföhle, 5 Kuchholzföhle-Stämme zu Werkholz, 212 eigene Bagenerstangen.

Freitag den 22. März d. J.: 48 Kftr. huchenes Scheitholz, 45 1/2 Kftr. gemischtes Scheitholz, 9790 Wellen.

Zusammenkunft ist je Morgens 9 Uhr auf dem Holzschlage. Den 11. März 1861. Freiherrl. von Gemmingen-Rentamt. Major. Q. 613. Nr. 2981. Lahrt. (Aufforderung.) Johann Joseph von Zehdenheim, welcher schon seit dem Jahr 1832 von Haus abwesend ist, ohne daß man seinen Aufenthalt kennt, wird anzufragen, ob er sich in den Jahren 1832 bis 1833 in der Nähe von Zehdenheim aufhalten hat, oder seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort hierher anzugeben, widrigenfalls er für verlohren erklärt und sein rückgelassenes Vermögen seinen gesetzlichen Erben in fürsorglichen Besitz übergeben werden soll. Lahrt, den 8. März 1861. Großh. bad. Oberamt. Winter. Q. 574. Nr. 3601. Eberberg. (Schuldenliquidation.) Christian Eberle, ledig, von Gutach, will nach Amerika auswandern. Desfallsige Ansprüche an ihn sind in der auf Samstag den 23. I. Mts., früh 10 Uhr, hier aberaumten Liquidationstagfahrt bei Vermeidung späterer Nichterücksichtigung schriftlich oder mündlich anzumelden. Eberberg, den 11. März 1861. Großh. bad. Bezirksforst. Seneger. Q. 609. Mannheim. (Aufforderung.) Der Schneidermeister Ludwig Wiedertocher von Wiedertocher ist der Unterthänigkeit eines Rodes zum Nachtheil des Kaiser Haub von Unterthänigkeit angeklagt. Da dessen Aufenthalt unbekannt ist, wird er aufgefunden, binnen 14 Tagen hier zu erscheinen und sich zu rechtfertigen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen ihn erkannt werden wird. Mannheim, den 12. März 1861. Großh. bad. Amtsgericht. Erter. Q. 572. Nr. 843. Eßlingen. (Aufforderung.) Maria Ursula Schultheis von Eßlingen, geb. von Zehdenheim, ist des Betrugs zum Nachtheil des Zehdenheim Anton Büch und Hirschwirths Nepomuk Beschuldigter von hier, im Gesamtbetrage von 2 fl., angeklagt. Dieselbe wird aufgefunden, binnen 14 Tagen hier zu erscheinen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis würde gefällt werden. Eßlingen, den 10. März 1861. Großh. bad. Amtsgericht. Metz. Q. 571. A.G. Nr. 2278. Eßlingen. (Urtheil und Forderung.) J. U. S. gegen Mathias Schley von Markdorf, wegen Diebstahls, hat das großh. Obergericht des Oberthälens durch Urtheil vom 23. v. M., Gr. G. Nr. 545 — 46, I. Senat, zu Recht erkannt: Mathias Schley von Markdorf sei der Entwendung von 86 Franken Geld zum Nachtheil des Martin Dretten von Markdorf, damit des unter dem Erziehungsurtheil des Einseitigen in ein fremdes bewohntes Gebäude verübten Diebstahls in den dritten gemeinen Diebstahl schuldig, und deshalb zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren oder von einem und einem drittel Jahr in Einzelhaft, gefädert durch 30 Tage Hungerloß, sowie zu den Kosten des Strafverfahrens und der Urtheilsvollstreckung zu verurtheilen, nach erlassener Strafe aber auf die Dauer von zwei Jahren unter polizeiliche Aufsicht zu stellen. B. R. M. Dieses wird dem sächlichen Angeklagten hiermit verhandelt. Ausgleich wird unser Forderungsausprechen vom 27. Juli v. J., Nr. 5574, wiederholt. Eßlingen, am 8. März 1861. Großh. bad. Amtsgericht. Seidenpinner. Q. 606. Nr. 3723. Bühl. (Straferkenntnis.) Da sich die Konfiskationspflichtigen pro 1861 Adolf Eickfried von Schwarzsach, Joseph Laper von Ulm und Hieronim Jagel von Bühl auf die öffentliche Aufforderung vom 12. Januar d. J., Nr. 966, bis jetzt nicht gemeldet haben, so werden sie nunmehr als Rekrutäre ihres Gemeindegeld- und Staatsbürgerrechts für verlohren erklärt, und in die gesetzliche Vermögensstrafe von 800 fl., sowie in die Kosten verfallen. Bühl, den 8. März 1861. Großh. bad. Bezirksamt. Stigler. vdt. Graf.

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Donnerstag, 14. März. Staatspapiere. Anleihen-Loos. Wechsel-Kurse. Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. Geld-Sorten.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.